

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 22 (2002)

Heft: 43

Artikel: Demokratisierung der Wirtschaft - Sozialisierung der Märkte

Autor: Krätke, Michael R.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652423>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Demokratisierung der Wirtschaft – Sozialisierung der Märkte

Vor siebzig Jahren wußte man die Antwort noch: zum Sozialismus bzw. zur klassenlosen Gesellschaft. Ein besserer Weg war gemeint, und der bessere sollte in der Regel auch zu einem besseren Sozialismus führen. Europäische Sozialisten wußten, was sie wollten: reale und gleiche Freiheit für alle, Freiheit von Not, von (Existenz)-Angst, von Ausbeutung und Unterdrückung, ein Ende der Klassenprivilegien und anderer nicht legitimierbarer Formen der sozialen Ungleichheit, ökonomische Selbstbestimmung statt Unterwerfung unter blindwaltende „Naturgesetze“ der Ökonomie. Sie standen und stehen damit in einer altehrwürdigen Tradition der demokratischen politischen Theorie des 19. Jahrhunderts (geprägt von den Zeitgenossen Tocqueville, John Stuart Mill und Marx): Demokratie ist auf die Dauer nur in einer Gesellschaft möglich, die selbst „demokratische“ Züge hat, nicht in einer Klassengesellschaft, nicht in einer kapitalistischen ökonomischen Ordnung.

Mit dem Glauben an den „endgültigen Sieg“ des Kapitalismus kam dem „dritten Weg“ das Ziel abhanden. Es ging und geht nur noch um ein angeblich pragmatisches Kombinieren und Dosieren von mehr oder weniger „Angebotspolitik“ mit einem bißchen „Nachfragepolitik“, um das Vermeiden der Extreme, um einen „sozial“ abgefederten, um Ausgleich bemühten Politikstil, weder eindeutig „neoliberal“, noch klar „keynesianisch“. Eine Wirtschaftspolitik also, die das Wechselspiel von mal mehr, mal weniger „Interventionismus“, mal mehr, mal weniger „Laissez faire“ reproduziert, ein Wechselspiel, das die Entwicklung des modernen Kapitalismus von Anfang an begleitet – und zwar in immer kürzeren (Wahl-)Zyklen. Meinten die Protagonisten, was sie sagen, nämlich dass die neoliberalen Rezepte ebenso gescheitert sind wie die keynesianischen, müßten sie eine andere, radikalere Konsequenz ziehen. Wenn wenigstens annähernde Vollbeschäftigung mit derlei Konzepten nicht zu erreichen ist, dann liegt es jedenfalls für Sozialisten nahe, sich nach einer anderen Form der Vollbeschäftigungsökonomie umzusehen. Und mehr als das. Es gibt ja noch weitere, sinnvolle Ziele wie z.B. sinnvolle Arbeit für alle, eine einigermaßen gerechte Verteilungsordnung, einen vernünftigen Umgang mit den nicht beliebig vermehr- oder reproduzierbaren Grundlagen des gesellschaftlichen Reichtums und aller weiteren Entwicklung menschlicher Gesellschaften, reale Freiheit von unbeherrschbaren und undurchsichtigen „Marktzwängen“.

Die Utopie des Marktsozialismus

Eine Sozialismus-Debatte gibt es auch heute noch. Selbst in den USA, wo dies allerdings ein rein akademisches Spiel ist. Diskutiert werden Modelle,

gedachte bzw. denkbare „marktsozialistische“ Gesellschaftszustände, Strategien oder Wege dorthin nur ganz am Rande. Die heutige Debatte knüpft bei einer älteren akademischen Debatte an, die zu einer Zeit geführt wurde, als nicht wenige Ökonomen vom unaufhaltsamen Siegeszug des Sozialismus überzeugt waren. Daher schien die Frage, ob so etwas wie „rationales“ Wirtschaften, ökonomische „Effizienz“ jenseits des Kapitalismus überhaupt denkbar sei, höchst aktuell. Die bis heute weithin akzeptierte Antwort (von dem polnischen Ökonomen Oskar Lange) lautete: Ja, wenn es gelingt, Märkte und Marktpreise bzw. funktionale Äquivalente dafür in eine sozialistische Wirtschaftsordnung einzubauen (vgl. Lange 1938). Diese Antwort war und ist so gut oder so schlecht wie die zugrundeliegende (neoklassische) Markt- und Preistheorie. Wer sie bestritt, mußte die Langesche Vorstellung „sozialistischer“ Märkte und Preise bestreiten. Weil Märkte in der realen Welt des Kapitalismus ganz anders funktionieren, als die herrschende neoklassische Lehre der Ökonomie behauptet, kann der neoklassisch gedachte „sozialistische“ Markt auch nicht funktionieren (vgl. z.B. Lavoie 1985). Dieses Beispiel zeigt: Jede Diskussion über einen „machbaren“ Sozialismus ist eine Diskussion über die tatsächlichen und vermeintlichen Systemeigenschaften des „real existierenden“ Kapitalismus; jede Diskussion über eine „Sozialisierung“ ist so gut oder so schlecht informiert wie die Vorstellung von „Kapitalismus“, von der sie ausgeht. Je unscharfer unser Bild von der „realen Welt der Kapitalismen“, je naiver unsere Vorstellung von der „realen Welt der Märkte“, desto roher und unangemessener ist unsere Vorstellung vom möglichen bzw. wünschbaren Sozialismus.

Marktsozialistische Konzepte haben eine Tradition, die den heutigen Diskutanten aus der angelsächsischen Welt in der Regel unbekannt ist (vgl. Creydt 2001). In den Debatten um die Wirtschaftsreform (in den 1920er und 1930er Jahren) wurden Sozialisierungskonzepte mit wirtschaftsdemokratischen und genossenschaftlichen Vorstellungen verknüpft zu hochkomplexen Mischungen von Reformideen, in denen Märkte, zumindest einige Märkte durchaus noch ihren Platz hatten (vgl. Tisch 1932). Niemand hatte deswegen ein schlechtes Gewissen. Dazu war die Not der Massenarbeitslosigkeit in der Weltwirtschaftskrise zu drängend. Selbstverständlich wurde in der europäischen sozialistischen Bewegung das prekäre sowjetische Experiment mit Sympathie betrachtet, aber nicht als Modell oder Vorbild akzeptiert. Es gab andere, bessere Sozialismusmodelle. Heute dagegen beherrscht ein Gestus der Entschuldigung die Debatte: Es handelt sich um „machbaren“, „pragmatischen“ Sozialismus, um einen unvermeidlichen „Kompromiß“, ein „zweitbestes“ Konzept – eben das, was nach dem Ende des Kommunismus noch denkbar und vertretbar sei (vgl. so z.B. Nove 1992, Yunker 1992, Miller 1989, Schweikart 1995 u.v.a.m.). Ein schlechtes Gewissen haben die Protagonisten im Blick auf den Markt, dessen angeblich unübertreffliche „Effizienz“ durch sozialistische Steuerungselemente unweigerlich beeinträchtigt werde. Bei den traditionellen sozialistischen Wert- und Zielvorstellungen, die sie teilen, ist den meisten Diskutanten auch nicht wohl. Denn die erörterten marktsozialistischen Formen würden

diesen Zielen – sozialer Gleichheit, Freiheit, Autonomie, Vollbeschäftigung, sozialer Gerechtigkeit – keineswegs automatisch dienen. Deshalb, so warnen viele Marktsozialisten, solle man sich die Unterschiede zwischen den vorgeschlagenen marktsozialistischen Ökonomien und den bestehenden, real existierenden Kapitalismen nicht allzu groß vorstellen (vgl. Yunker 1992, 13).

Marktsozialisten reden viel vom Markt und schweigen von der Wirtschaftsdemokratie. Implizit ist allerdings in so gut wie allen marktsozialistischen Modellen ein starkes Element von Wirtschaftsdemokratie enthalten. Denn eine sozialistische Ökonomie setzt den weit verbreiteten Unglauben an die ewige Naturnotwendigkeit des Kapitals und seiner „Profitabilität“ oder „Rentabilität“ voraus. In einer sozialistischen Ökonomie stehen Zwecke und Ziele ökonomischen Handelns ebenso zur Debatte wie seine beabsichtigten und unbeabsichtigten Folgen. Eine Wirtschaftsdemokratie lebt davon, dass Fragen wie „Wozu bzw. wofür und wie arbeiten?“, „Wozu und wie investieren?“, „Wozu bzw. wofür und wie konsumieren?“ in aller Öffentlichkeit gestellt, erörtert und beantwortet werden können. Investitionen ebenso wie Arbeit und Konsum sind in einer demokratischen wirtschaftlichen Ordnung eben keine reinen Privatsachen mehr, ökonomische Entscheidungen sind zu legitimieren und können kritisiert bzw. revidiert werden – bevor der „Markt“ das erzwingt und sogar anders als der „Markt“ will. Seine Majestät „der Markt“ wird in jeder marktsozialistischen Ordnung wenigstens zum Teil entmachtet und als oberste Instanz ökonomischer Rationalität abgesetzt.

Die Grundidee ist einfach: Die gedachte sozialistische Ökonomie soll eine Marktkonomie sein, in der die weitaus meisten Güter und Dienstleistungen, in der Regel auch die „Ware“ menschliche Arbeitskraft auf Märkten und zu Marktpreisen an den Mann gebracht werden. Aber ein vollständiges Privateigentum an Kapital und eine Klasse von privaten Kapitaleigentümern soll es nicht mehr geben; das Kapital soll in der einen oder anderen Form „sozialisiert“ und durch eine Form des Gesellschafts- oder Gemeinschaftseigentums an den produktiven Ressourcen ersetzt worden. Es handelt sich also in der Regel um die Vorstellung einer Marktkonomie, in der es zwar vielerlei Märkte, auch Arbeitsmärkte und rudimentäre Kapitalmärkte geben soll, aber keine Kapitalisten mehr (vgl. z.B. Miller 1989, 10; Pierson 1995, 84). Die zugrunde liegende Überlegung lautet schlicht: Man könne analytisch zwischen Markt und Kapitalismus unterscheiden und man könne darüber hinaus beides auch praktisch und institutionell scheiden, mithin den Markt behalten und sich vom Kapitalismus verabschieden. Marktsozialisten glauben, dass sich die meisten der bekannten Übel freier Märkte vermeiden ließen, wenn man nur ein Element wegnähme – den privaten Kapitaleigentümer in seinen diversen Gestalten. In der Regel denken die Marktsozialisten vor allem an Kontroll- und Einkommensrechte, die heutigen Eigentümern entzogen bzw. beschnitten werden sollen, während die Gebrauchs- oder Nutzungsrechte den Betrieben oder Produktionseinheiten zufallen sollen. Der „sozialistische“ Charakter

des ganzen Konzepts steht und fällt mit der Antwort auf die Frage, wer oder was denn an die Stelle der alten Kapitalisten treten soll und wie die neuen, kollektiven Eigentümer des „gesellschaftlichen“ Kapitals dafür sorgen können, dass es mit der Herrschaft der „Kapitallogik“ ein Ende hat. Da das nicht mehr private Kapital von Betrieben angewandt werden soll, die in freier Konkurrenz auf Märkten interagieren, folgt daraus ein schwieriges Prinzipal – Agent Problem: Wie bringen die neuen Eigentümer ihre Agenten, die Betriebe, dazu, das zu tun, was sie wollen, und zwar auf eine Art und Weise, nämlich „marktrational“, mit größtmöglicher, einzelwirtschaftlicher „Effizienz“, die dem, was die Prinzipale wollen, nämlich z.B. möglichst hohe und möglichst stabile Beschäftigung, durchaus nicht entsprechen muß? Die Antwort wird, wenn überhaupt, auf einer vermittelnden Zwischenebene gegeben (bereits bekannt aus der Geschichte der Wirtschaftsreformdebatte): Irgendwo, etwa im öffentlichen Kreditsektor, muß es einen Ort geben, an dem die gewünschte und gemeinte, zumindest mögliche andere Rationalität der neuen Eigentümer auch zum Tragen kommt.

Modelle des Marktsozialismus

Nehmen wir, um die Extrempositionen in der Debatte kenntlich zu machen, zwei vieldiskutierte „Modelle“ des Marktsozialismus, den „Aktionärssozialismus“ von John Roemer und die „ökonomische Demokratie“ von David Schweickart. Roemers Modell knüpft bei der US-amerikanischen Variante des „Volksparkitalismus“ an und lässt sich kurz so beschreiben: 1. Alles Kapital der Nation besteht in Aktienform und wird gleichmäßig unter allen Bürgern aufgeteilt. Mit der Geburt erhält jeder Bürger seinen Anteil am gesellschaftlichen Aktienkapital, damit auch ein Einkommen (Dividende). Mit seinem Tode fallen seine Aktien vollständig an den Staat zurück. Jeder Bürger darf die Aktien, die ihm zugeteilt worden sind, gegen andere austauschen – er darf sie allerdings nicht verkaufen. 2. Alle Banken sind sozialisiert oder verstaatlicht worden. Diese Banken verhalten sich als Kreditgeber wie als Sparkassen und Kapitalsammelstellen im Prinzip genauso wie heutige Banken. 3. Die Betriebe agieren als selbständige Unternehmen auf Märkten in Konkurrenz miteinander, im Prinzip genauso wie heutige Privatunternehmen. Sie werden von Direktorien geleitet, drittelparitatisch zusammengesetzt aus Vertretern der hauptsächlichen Kreditgeber des Unternehmens, Vertretern der Beschäftigten und Vertretern der Aktionäre. 4. Der Staat betreibt eine langfristige Investitionsplanung und setzt deren Ziele und Prioritäten mit Hilfe der Banken bei den Unternehmen durch. 5. Neugründungen von Privatunternehmen sind jederzeit möglich, der Staat erhält sich jeder Unternehmertätigkeit, aber die Privatunternehmen dürfen nur bis zu einer gewissen Größe wachsen, dann werden sie „automatisch“ enteignet (mit Entschädigung), beim Tod des Eigentümers fallen sie an den Staat, der sie in Aktiengesellschaften verwandelt und ihre Aktien den Bürgern zuteilt. (Vgl. Roemer 1994).

Roemer gibt sich viel Mühe zu zeigen, dass ein derartiges ökonomisches System in der Tat lebensfähig ist, obwohl es einen strikt egalitären Grundzug hat und die Akkumulation von privatem Kapitaleigentum ausschließt. Reichtumsunterschiede, die Roemer offenbar für das Kernproblem des modernen Kapitalismus hält, soll es geben, aber nur innerhalb strikter Grenzen, auf Individuen und deren Lebensspanne beschränkt. Kapitalisten alten Stils wird es daher immer geben, nur sind es in jeder Generation wieder andere. Natürlich wird es auch weiterhin innerhalb jeder Generation eine Mehrheit von Leuten geben, die trotz Bürgeraktien und (sehr bescheidener) Sozialdividende zur Lohnarbeit gezwungen sind, mit allen Risiken der Lohnarbeiterexistenz. Die Unternehmen bleiben vom Staat getrennt und der Staat wird auf eine sanfte, indirekte Methode der Investitionslenkung (über Zinsdifferenzierungen) festgelegt, so dass dem freien Spiel der Unternehmenskonkurrenz kaum etwas in den Weg gelegt wird. Planung, zumindest für langfristig angelegte Investitionen, soll es aber geben, da Roemer wie viele Ökonomen natürlich weiß, dass heutige kapitalistische Marktökonomien keineswegs automatisch zu „rationalen“ langfristig sinnvollen Investitionen, sondern mit unschöner Regelmäßigkeit zu Fehlinvestitionen, zu Über- und Unterinvestitionen, zu völlig sinnlosen Finanzinvestitionen, zu Investitionsruinen führen, und das – im Gegensatz zur Mehrheit der Ökonomen – auch beherzigt.

Allerdings tut sich zwischen den beiden Hauptsorgen, denen Roemers Modell Rechnung tragen soll, der Sorge vor der Kapitalakkumulation und -konzentration, die wenigen „Reichen“ die Kontrolle über große Unternehmen gibt, und der Sorge vor marktorientierten, aber dennoch „irrationalen“ Investitionsentscheidungen, eine Lücke auf: Wenn die einzelnen Bürger-Aktionäre zwar nicht gehindert werden, reich zu werden, wohl daran, Großkapital zu bilden, dann könnte es doch sein, dass die Irrationalität von Investitionsentscheidungen weniger mit der Borniertheit von Großkapitalisten zu tun hat als mit der Art von „marktrationalem“ Verhalten, zu dem auch Unternehmen ohne Großkapitalisten sich gezwungen sehen. Wenn dem aber so ist, dann helfen auch radikale Eingriffe ins Erbrecht wenig. Schließlich ging es bei sozialistischen Projekten nicht darum, einigen reichen Leuten Angst zu machen, sondern um die nachhaltige Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen für die große Mehrheit der Bevölkerung – nicht zuletzt derjenigen, die unter „irrationalen“ Investitions- oder Deinvestitionsentscheidungen zu leiden haben.

Schweickart dagegen knüpft bei einem wirklichen Vorbild an: dem Genossenschaftskomplex Mondragon im spanischen Baskenland. Nach seiner Vorstellung besteht die marktsozialistische Ökonomie nur im Kontext einer demokratischen (parlamentarischen) politischen Ordnung. Sie beruht auf drei Hauptelementen: 1. Alle Unternehmen sind selbständig, vom Staat unabhängig, genossenschaftlich organisiert und werden von den Genossen nach Maßgabe einer demokratischen Betriebsverfassung selbst verwaltet. 2. Es gibt Märkte mit freier Konkurrenz für die meisten Güter und Dienstleistungen. Es gibt keine zentrale Produktionsplanung. Es gibt aber

auch keinen „freien Arbeitsmarkt“. Die Bürger sind frei, sich einer Genossenschaft anzuschließen bzw. mit anderen eine neue Genossenschaft zu gründen, nicht aber, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. 3. Die Investitionen unterliegen einer gesellschaftlichen, demokratisch organisierten Kontrolle. Investitionsfonds werden aus allgemeinen Steuern gebildet, die im wesentlichen aus den Erträgen einer Kapitalsteuer auf das betriebliche Anlagevermögen der genossenschaftlichen Unternehmen stammen. Über die Verwendung und Allokation dieser Investitionsfonds wird demokratisch entschieden, nicht von einer Planungsbehörde, sondern von Parlamenten (auf mehreren Ebenen). Die Umsetzung dieser Investitionspläne, d.h. die tatsächliche Verteilung der Investitionsmittel geschieht über ein Netzwerk von Genossenschaftsbanken. Diese Genossenschaftsbanken sind selbst demokratisch organisierte Körperschaften, an deren Leitung und Verwaltung neben den Genossen der Bank auch die Vertreter der jeweiligen politischen Körperschaften und die Vertreter der Genossenschaften beteiligt sind, für die sie jeweils die Rolle der Hausbank spielen (Vgl. Schweickart 1996, 68ff).

Das ist ein Gegenmodell zu Roemers Aktionärsgesellschaft, in dem mit der Kapitaleigenschaft der Produktionsmittel aufgeräumt wird. Es gibt in diesem Modell des Marktsozialismus keine privaten Anleger oder Investoren mehr. Die Bürger-Genossen haben alle ökonomischen Freiheiten außer der, Kapitalist oder Lohnarbeiter zu werden. Kapitalbildung findet kollektiv statt und die Investitionen folgen keiner Marktlogik, da es einen Kapitalmarkt nicht gibt. Die Genossenschaften können nur mit geliehenem Kapital investieren, und sie müssen mit anderen Genossenschaften um die Investitionsmittel konkurrieren. Einige Ungleichheiten bleiben – innerhalb von Genossenschaften, wo sie einem Rechtfertigungzwang unterliegen, zwischen den Genossenschaften, wo der jeweilige Markterfolg entscheidet. Die zentrale Frage ist nun, ob eine derartige Marktwirtschaft ohne Kapitalisten, ohne Kapitalmarkt, ohne Privatunternehmen funktionieren kann. Sie kann. Es lässt sich empirisch und theoretisch leicht zeigen, dass genossenschaftlich organisierte Betriebe effizient operieren können – in vielen Fällen heute sogar effizienter als ihre kapitalistischen Konkurrenten. Genossenschaftliche Betriebe haben ihrer internen Struktur wegen einige strukturelle Eigenschaften, die man heute schon beobachten kann: sie sind in der Regel bei gleicher Produktivität kleiner, haben keinen unbegrenzten Expansionsdrang, daher niedrigere Wachstumsraten; sie neigen stärker dazu, langfristige Partnerschaften mit Kunden und Abnehmern einzugehen; sie bieten in aller Regel weit stabilere Beschäftigung, produzieren also deutlich weniger Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung als ihre kapitalistischen Gegenstücke.

Dennoch gibt es auch in Schweickarts Genossenschaftssozialismus kein garantiertes Recht auf Arbeit, keine Vollbeschäftigungsgarantie. Dafür gibt es einen großen Hebel der Beschäftigungspolitik, die demokratische Investitionsplanung: Die braucht sich um Effizienz- oder Rentabilitätskriterien zunächst nicht zu kümmern – das tun die Genossenschaftsbanken – und

kann daher Prioritäten so stellen, dass Investitionsmittel verstärkt dorthin fließen, wo die meisten Arbeitslosen bzw. Unterbeschäftigte oder wo die dringendsten gesellschaftlichen Bedürfnisse lokalisiert sind, statt dorthin, wo momentan die höchsten Gewinne winken. Wenigstens zum Teil wird in diesem Marktsozialismus die „Marktrationalität“ überlagert und durchkreuzt durch die Rationalität kollektiver, politischer Entscheidungen.

Hierin liegt aber auch eine Schwäche. Marksozialisten neigen dazu, den „Staat“, das apokalyptische Ungeheuer der Neoliberalen, möglichst mit Stillschweigen zu übergehen. Im heutigen „Marktsozialismus“ ist in der Regel von „Wirtschaftsdemokratie“ alten Stils keine Rede. Natürlich denken sich die Marksozialisten keine Marktgemeinschaft ohne Staat. Einen Staat soll und muß es geben, und es soll eine demokratische politische Ordnung sein. Wie die meisten Ökonomen vom Markt, so denken die Marksozialisten von der parlamentarischen Demokratie: Es gibt nichts, was diese nicht bewältigen könnte. Demokratische Entscheidungsprozesse laufen wie geschmiert und sorgen stets dafür, dass am Ende das heraus kommt, was zu Anfang die Mehrheit gewollt hat. Das ist, wie sogar manche Parlamentarier und die meisten Politikwissenschaftler wissen, keineswegs so. Auch das hochkomplexe Gebilde Staat, sogar die Abstimmungsmaschine Parlament versagt bisweilen. Nicht nur die „Betriebsdemokratie“, der die meisten heutigen Marksozialisten gerne aus dem Weg gehen, auch die parlamentarische Demokratie, in die sie einiges Gottvertrauen setzen, ist ein störanfälliges und reformbedürftiges Gebilde. Vor allem dann, wenn man ihm die Verantwortung für gesamtwirtschaftliche Rahmenplanungen übertragen will.

Die Utopie der Wirtschaftsdemokratie

Die seinerzeit und bis heute umstrittene Behauptung Fritz Naphtalis von 1928, dass man „durch Demokratisierung der Wirtschaft zum Sozialismus“ gelangen könne (Naphtali 1977, 29), beruhte auf einigen Strukturveränderungen in den kapitalistischen Ökonomien Nachkriegseuropas, die für die Zeitgenossen neu und vielversprechend aussahen: Zum ersten Mal gab es ein staatlich anerkanntes und garantiertes Arbeitsrecht, das den Besonderheiten von Arbeitsmärkten einigermaßen Rechnung trug, zum ersten Mal gab es eine gesetzlich geregelte Betriebsverfassung, die den Beschäftigten einige Möglichkeiten der organisierten Interessenvertretung gewährte, zum ersten Mal hatten die Gewerkschaften Mitspracherechte bei wichtigen wirtschaftspolitischen Entscheidungen, zum ersten Mal gab es eine Vielzahl von Selbstverwaltungskörperschaften (nicht nur in der Sozialversicherung, auch in der Kohlen-, Kali- und Energiewirtschaft), in denen gewählte Vertreter der Arbeiterschaft bzw. der Gewerkschaften offizielle Funktionen wahrnehmen konnten. Zum ersten Mal gab es eine vielbewunderte Verfassung, die noch weit mehr versprach an „sozialen“ Bürgerrechten. Mehr als die Weimarer Republik halten konnte. Mit einem Optimismus konnte man derlei als „Einschränkung(en) der Verfügungsgewalt der Unternehmer über

ihre Produktionsmittel“ (Naphtali 1977, 65) bzw. Beschränkung ihrer Machtposition am Arbeitsmarkt interpretieren.

In der gegenwärtigen akademischen Debatte wird die Entwicklung zum ausgewachsenen Sozial- und Wohlfahrtsstaat einfach vorausgesetzt. Unzufrieden mit der mangelhaften Steuerungsfähigkeit kapitalistischer Demokratien, mit unzureichendem Krisenmanagement, mit der Beschränktheit der politischen Klasse, haben Sozialwissenschaftler die alte Kritik an den Formen der repräsentativen Demokratie wieder belebt und sind dabei auf die Formen und Konzepte der Wirtschaftsdemokratie gestoßen. Ausgangspunkt solcher Überlegungen ist nicht der notwendige oder wünschbare Sozialismus, sondern die demokratische Utopie: Will man eine wirkliche Selbstregierung des Volkes in allen wichtigen Angelegenheiten, dann geht es nicht an, große Teile des Wirtschaftslebens zur Privatsache zu erklären und für die Demokratie zur Sperrzone zu machen. Im Gegenteil. Wenn die Demokratie eine akzeptable und legitimierbare Form ist, um Staaten zu regieren, dann kann sie für die Führung von Unternehmen nicht von vornherein illegitim sein. Private ökonomische Macht, etwa die nicht ganz unerhebliche Entscheidungsgewalt über Beschäftigung und Nichtbeschäftigung bzw. über Investition oder Nicht-Investition, verschafft ihren Trägern eine demokratisch nicht legitimierte Einfluß- und Machtchance im politischen Prozeß. Daher muß die politische Demokratie, will sie sich auf Dauer gegen illegitime private Mächte und Machtansprüche durchsetzen, sich eine ökonomische Machtbasis verschaffen: Der Demokratie Vollmacht geben (*empowerment of democracy*) heißt daher die Parole. Am stärksten wird die Demokratie, wenn sie nicht nur den Staat, sondern gleich auch die Wirtschaft (und Gesellschaft) durchdringt.

Nicht zufällig kommen die ausgearbeiteten Entwürfe für eine „*empowered democracy*“, die es mittlerweile gibt, deutlich in die Nähe marktsozialistischer Vorstellungen (vgl. z.B. Horvat 1982; Unger 1998). Denn sie alle sehen sich dem zum Volksvorurteil verfestigten Glauben konfrontiert, dass demokratisch organisierte kollektive Entscheidungen über wirtschaftliche Angelegenheiten nun einmal nicht effektiv, geschweige denn effizient seien. Diese Weisheit wird seit langem verkündet: Je demokratischer der Willensbildungsprozeß, d.h. je mehr diejenigen daran beteiligt sind, deren Interessen auf dem Spiel stehen, je mehr Beteiligte und Interessierte, desto geringer die Effektivität des Entscheidungsprozesses, desto niedriger die Effizienz bei der Umsetzung. Effektive Entscheidungen und anschließend effiziente Umsetzung sind nur in kleinen und kompetenten Zirkeln von Befugten und Wissenden zu haben, die demokratische Utopie einer Selbstregierung durch (ökonomische) Laien funktioniert nicht (so z.B. Scharpf 1999). Daher, so argumentieren Politikwissenschaftler seit langem, ist eine wirtschaftliche Selbstregierung nur denkbar in kleinen Einheiten, nicht in Großbetrieben, und ist der anonyme Marktprozeß jedem anderen kollektiven Entscheidungsprozeß über wirtschaftliche Entwicklungen überlegen (vgl. z.B. Dahl 1985, Gould 1988). Solange wir einzelne Betriebe betrachten, ist die Antwort zwar nicht einfach, aber eindeutig: Miteigentum und/

oder Mitbestimmung der Arbeiter oder genossenschaftliche (inklusive) Entscheidungsstrukturen schaden dem Funktionieren von Betrieben ganz und gar nicht. Es sind im Gegenteil gerade die hierarchischen Strukturen der exklusiven Entscheidung durch wenige Berufene (Manager), die die mit Abstand wichtigste Ursache für Ineffizienz, für Vergeudung von Ressourcen, von Zeit und menschlicher Energie sind. Diese enormen Ineffizienzen (bei scheinbarer Effektivität), die durch eine Demokratisierung von betrieblichen Entscheidungsprozessen zumindest im Prinzip zu vermeiden bzw. verringern wären, wiegen weit schwerer als die marktbedingten Ineffizienzen infolge von Fehlallokationen und/oder Unterbeschäftigung bzw. Unterauslastung von Anlagen (vgl. z.B. Leibenstein 1987). Bleibt das große Problem der überbetrieblichen kollektiven Entscheidungen, wo angeblich der gesellschaftliche Verstand gegenüber dem Markt versagt.

Werden alle Betriebe demokratisch organisiert und von den dort Arbeitenden selbst verwaltet, dann sähe der Markt schon anders aus. Ohne Staat, nur mit Betriebs- oder sonstigen Arbeiterräten kommt die erweiterte und erneuerte Wirtschaftsdemokratie allerdings nicht aus. Schon weil die reine Demokratie der Arbeiter- oder Produzentenräte alle Konsumenten und Nicht-Produzenten von jeder Mitbestimmung ausschlösse, auch weil sie dem freien Spiel der Marktkonkurrenz zwischen den selbstverwalteten oder genossenschaftlichen Betrieben keine Grenzen setzen kann, ist eine Wirtschaftsdemokratie im Großen nicht ohne repräsentative, parlamentarische Institutionen zu haben. Folglich wird die erweiterte, durch neue ökonomische Vollmachten und Entscheidungskompetenzen ergänzte Demokratie nicht ohne eine Vielfalt öffentlicher oder halböffentlicher Institutionen (Fonds, Banken, Versicherungen) gedacht und selbstverständlich auch nicht ohne die Institution eines Staates, in dem die überbetriebliche Demokratie zuerst zum Zuge kommt. Wie die Betriebsdemokratie weitgehende Eingriffe in bestehende private Eigentumsrechte erfordert, so ist die Erweiterung der politischen zur Wirtschaftsdemokratie auf der Ebene der Gesamt- oder Volkswirtschaft nicht ohne eine gründliche Umgestaltung der tradierten Formen repräsentativer Demokratie denkbar (vgl. dazu vor allem Unger 1987, 1998).

Anhänger der erweiterten Wirtschaftsdemokratie kommen gar nicht umhin, klassische Bürgerrechte, allen voran das Recht auf Eigentum, zu revidieren und neue, weitergehende ökonomische Bürgerrechte für alle zu konzipieren. Manchmal ist den Autoren die Tragweite derartiger Neuerungen – wie z.B. eines (Bürger-)Rechts auf Einkommen oder eines (Bürger-)Rechts auf Kredit bzw. auf Versicherung – selbst nicht klar. Denn derlei Rechte machen neue, erweiterte öffentliche Institutionen notwendig. Die schon vorhandenen „gemeinnützigen“ und/oder genossenschaftlichen Banken, Versicherungen usw. reichen dazu nicht aus. Noch unzureichender, geradezu naiv ist die gerade von linken Sozialdemokraten propagierte Vorstellung, die Wirtschaftsdemokratie wachse sozusagen automatisch mit der Erweiterung der „öffentlichen Kontrolle“ über ökonomische Prozesse und Strukturen, ohne dass an den Formen dieser Kontrolle bzw. Regulie-

rung etwas zu ändern wäre. Die öffentliche Kontrolle – durch allerlei Experten in „Aufsichtsämtern“ – funktioniert aber gerade deshalb nicht bzw. schlecht, weil ihr der wirtschaftsdemokratische Unterbau fehlt.

Wer heute wirtschaftsdemokratische Konzepte entwickelt, kommt um den „Markt“ nicht herum. Und umgekehrt: Wer heute marktsozialistische Ideen vorträgt, kann kaum vermeiden, die etablierten institutionellen Grenzen zwischen Politik und Ökonomie ständig in Gedanken zu verletzen. Marktsozialisten müssen über den Markt bzw. das System der Märkte, so wie es ist, hinaus denken, Anhänger einer Wirtschaftsdemokratie können sich mit den institutionalisierten Formen der Regulierung der Wirtschaft (economic governance) nicht zufrieden geben. Erweiterte demokratische Regulierungsformen braucht es auf den besonderen Märkten ebenso wie in den stets umkämpften Grenzbereichen des Markts (in denen der folgenreiche Unterschied zwischen einer Ware, einem Gemeingut und einem öffentlichen Gut bzw. einer Nicht-Ware stets aufs Neue etabliert werden muß). Wer sich darauf einläßt, wird die altbekannten (und in liberaler Tradition auch gewollten) Grenzen der repräsentativen Demokratie neu definieren und verlegen müssen, ebenso wie die seit jeher politisch institutionalisierten Marktgrenzen. Marktsozialistische und wirtschaftsdemokratische Reformkonzepte, die logisch und historisch zusammen gehören, werden im Moment noch zusammenhanglos, unverbunden nebeneinander diskutiert, ähnlich wie Betriebsdemokratie und Wirtschaftsdemokratie im Grossen (vgl. z.B. Nove 1992). Das ist eine fatale Angewohnheit, mehr noch – eine Dummheit.

Demokratisierung der Marktes?

Märkte erscheinen bis heute vielen Neoliberalen (und nicht nur ihnen) als Vorbilder einer sozialen Demokratie und als wesentliche Vorbedingung einer politischen Demokratie. Auf dem Markt bestehe bereits so etwas wie eine „Demokratie“, Wahlfreiheit für alle Beteiligten, beständiges Abstimmungsverhalten, dem sich diejenigen, über deren Produkte oder Leistungen da abgestimmt werde, sofort zu beugen hätten. Wir wissen natürlich, dass der Markt bestenfalls eine Dollar- bzw. Euro-Demokratie sein kann – soviel Euro, soviel Stimmen.

Wir wissen weiter, dass es nicht nur höchst ungleich verteilte Stimmen gewichte auf Märkten gibt, sondern dass es einigen Leuten durchaus gelingt, Märkte, folglich andere Marktteilnehmer, zu beherrschen. Karl Polanyi hat darum Sozialismus die elementare Tendenz genannt, den Markt „bewusst einer demokratischen Gesellschaft“ unterzuordnen, statt sich ihm zu unterwerfen (1978, 290). Er dachte an die drei Märkte für „fiktive Waren“, die für den modernen Kapitalismus konstitutiv sind (Arbeitsmarkt, Kapital- bzw. Geldmarkt und Immobilienmarkt bzw. Markt für natürliche Ressourcen). An mehr als eine vorsichtige Zügelung der außer Rand und Band geratenen internationalen Finanzmärkte wird heute kaum noch gedacht. Effektiv soll die Aufsicht und Kontrolle der Finanzmärkte sein, um die Interessen der

schwächeren Marktteilnehmer zu schützen. Ob und wie demokratisch sie ist oder sein könnte oder sogar müßte, um effektiv zu sein, das interessiert auch auf der Linken kaum.

Diane Elson hat eine Strategie der „Sozialisierung des Marktes“ vorgeschlagen (1988). Das klingt verrückt, ist aber weniger bizarr als es scheint, wenn man von heute beliebten fixen Markttideen Abstand nimmt. Sogar Ökonomen können wissen, dass Märkte alles andere als einfach sind. Märkte, da sie keine Verhältnisse zwischen Dingen, sondern gesellschaftliche Verhältnisse zwischen Menschen sind, regulieren sich natürlich nie selbst, sondern werden von den beteiligten Marktteilnehmern reguliert – nicht selten auch von „Dritten“, die am Markt selbst gar nicht präsent sind. Märkte sind „soziale Systeme“, haben spezielle Verkehrsformen, eigene Normen und Regeln, sie weisen soziale Strukturen auf, die in der Regel auch Machtstrukturen sind. Außerdem waren und sind sie hochmoralische Veranstaltungen, und das keineswegs nur bei den Pferdehändlern. Anders als in der Modellökonomie spielen auf wirklichen Märkten historische Zeit, Erinnerung und Erwartung, Tradition und Gewohnheit eine große Rolle. Märkte zu regulieren ist folglich alles andere als einfach, ganz gleich, wer das tut. Märkte auf demokratische Weise zu regulieren scheint noch schwieriger.

Implizit beruht das Konzept einer „Sozialisierung“ von Märkten auf einer Kritik am ganz und gar nicht heimlichen Positivismus der herrschenden neoklassischen Marktlehre, die der F. von Hayeks nicht unähnlich ist. Preise, Kosten, Angebot, Nachfrage usw. sind nicht immer schon vorgegebene Daten, sie werden von vielen einzelnen Marktteilnehmern gemacht und verändert. Also muß man auf diejenigen schauen, die einen Markt jeweils „machen“. Diane Elson setzt richtig bei den vorhandenen, teils privaten, teils öffentlichen Institutionen an, in denen die Märkte heute bereits reguliert werden. Wer oder was sind heute die „Regulatoren“ der Märkte? In der Regel handelt es sich um exklusive Clubs (nicht immer, aber auch „Verbände“) mit einer ausgeprägten informellen Hierarchie. Sie repräsentieren keineswegs alle Marktteilnehmer und geben auch den am jeweiligen Markt fest Etablierten keineswegs gleiche Einfluß-, geschweige denn Machtchancen. Sie machen den jeweiligen Markt, handeln seine informellen Regeln aus, setzen die Standards und Normen für marktgerechtes Verhalten, für „branchenübliche“ Usancen, für Preise und Gewinne, sie grenzen den Markt ab und halten Außenseiter fern bzw. integrieren sie. Elsons Vorschlag läuft darauf hinaus, einige dieser regulierenden Marktinstanzen zu „sozialisieren“. Aber dabei, solche Markinstanzen in öffentliche Institutionen zu verwandeln, und zwar solche, die demokratisch organisiert sind und demokratischer Kontrolle durch formell „außenstehende“ Dritte unterworfen werden können. Elson nennt die Aufgaben, die den neuen Marktregulatoren zukommen sollen; in erster Linie haben sie die in der ökonomischen Theorie nur postulierte „Markttransparenz“ herzustellen (vgl. Elson 1988, 32ff); sie kümmert sich wenig um deren demokratischen Charakter.

Wenn aber, wie heute die meisten Sozialisten meinen, Sozialisierung und Verstaatlichung zweierlei sind, dann wäre hier eine Verbindung herzustellen zu dem, was Politikwissenschaftler als notwendige Ergänzung und Erweiterung der tradierten Formen der repräsentativen Demokratie betrachten, zu den Formen der „assoziativen“ (oder auch zivilgesellschaftlichen) Demokratie nämlich. Die spielen leider in der wirtschaftsdemokratischen Debatte so gut wie keine Rolle. Gemeint sind Formen der Selbstregierung und Beteiligung an komplexen, kollektiven Entscheidungsprozessen, die über den traditionellen Corporatismus hinausgehen und die Fallen der „funktional“ erweiterten Demokratie vermeiden (vgl. Hirst 1994). Um der Vielzahl freiwilliger Assoziationen (Vereine, Wirtschaftsverbände aller Art, einschließlich der Gewerkschaften, aber auch Verbraucherverbände, Umweltschutzverbände) in der Tat eine politische Rolle zu geben, muß die Rolle des Staates bzw. der zentralen Institutionen der repräsentativen Demokratie neu definiert werden. Was nichts anderes heißt als das Aufgeben bzw. das Aufbrechen des tradierten staatlichen Politikmonopols, das Übertragen von Souveränitätsrechten (bis hin zur Gesetzgebungsinitiative) an kleinere politische Einheiten, die Assoziationen eben. Gewollt ist eine Politisierung der Zivilgesellschaft und eine Pluralisierung des Staates, die den Charakter der Marktwirtschaft durchaus verändern kann – in Richtung auf eine Verhandlungsökonomie.

Darin würden Spielregeln ebenso wie Ziele und Pläne öffentlich verhandelt und kollektiv beschlossen, in einem Prozeß, der für viele organisierte und organisierbare Interessen offen ist und bleiben soll. Übergreifende Wirtschaftsparlamente oder -kammern à la Elson, die auf regionaler oder sektoraler Ebene alle relevanten Assoziationen zusammen bringen, können darin durchaus eine Rolle spielen. Der Markt würde sich verwandeln: Austauschprozesse bleiben, aber die berühmten Marktkräfte verlieren ihre Anonymität und Verantwortungslosigkeit, sie werden durchschaubar, kontrollierbar und korrigierbar – und zwar von den direkt und indirekt Beteiligten selbst (vgl. Adaman/Devine 1997).

Die Gefahr besteht, dass die neue Verhandlungsökonomie von den ohnehin schon ökonomisch und sozial (an Wissen, Kontakten usw.) Mächtigen beherrscht wird, so dass öffentliche Gewalt und Entscheidungsbefugnisse de facto an die stärksten organisierten Partial- und Privatinteressen übertragen werden. Also wird man in gut demokratischer Tradition bei derartigen Reformen die größte Sorgfalt auf die Organisation wirksamer und dauerhafter Gegenmächte (Oppositionen) verwenden müssen. Das gilt selbstverständlich auch für die zahlreichen intermediären Institutionen (Banken, Versicherungen, Clearingstellen, öffentliche Rechnungslegung und -kontrolle), ohne die eine „sozialisierte“ und „demokratisierte“ Marktwirtschaft noch weniger auskommt als eine ungebrochen kapitalistische. Ohne eine gründlich durchdachte und umfassende „Verfassungsreform“ für die gesamte Ökonomie ist heute kein sozialistisches und/oder radikaldemokratisches Reformkonzept mehr glaubwürdig. Es gibt viel zu tun. Das dogmatische Bedenken, dass der historische Marx ein scharfer und konse-

querter Gegner des seinerzeitigen „Marktsozialismus“ war, das heißt der Projekte, durch Geld- und Kreditmanipulationen eine „gerechte“ Tauschökonomie zu realisieren, sollte niemanden von der notwendigen Arbeit abhalten.

Literatur

- Adaman, F. / Devine, P., 1997: On the Economic Theory of Socialism. In: New Left Review, 221. London
- Creydt, M., 2001: Partizipatorische Planung und Sozialisierung des Marktes. In: Widerspruch Nr. 40. Zürich
- Dahl, R., 1985: A Preface to Economic Democracy. Berkeley CA
- Elson, D., 1988: Market Socialism or Socialisation of the Market? In: New Left Review, 172 (deutsch in: Prokla Nr. 78, 1990)
- Gould, C., 1988: Rethinking Democracy: Freedom and Special Cooperation in Politics, Economy and Society. Cambridge
- Hirst, P., 1994: Associative Democracy. New Forms of Economic and Social Governance. Amherst
- Horvat, B., 1982: The Political Economy of Socialism: a Marxist Social Theory. Oxford
- Lange, O., 1938: On the Economic Theory of Socialism. In: O. Lange / Fred M. Taylor, On the Economic Theory of Socialism. New York/Toronto
- Lavoie, D., 1985: Rivalry and Central Planning. The Socialist Calculation Debate Reconsidered. Cambridge/New York
- Leibenstein, H., 1987: Inside the Firm: The Inefficiencies of Hierarchy. Cambridge MA
- Miller, D., 1989: Market, State and Community. Theoretical Foundations of Market Socialism. Oxford
- Naphtali, F., 1977: Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel, Frankfurt a.M. (1928)
- Nove, A., 1992: The Economics of Feasible Socialism Revisited. London
- Polanyi, K., 1978: The Great Transformation. Wien (1944)
- Pierson, C., 1995: Socialism after Communism. The New Market Socialism. Cambridge
- Roemer, J., 1994: A Future for Socialism? London
- Scharpf, F., 1999: Governing in Europe: Effective and Democratic? Oxford
- Schweickart, D., 1995: Against Capitalism. Cambridge/Paris
- Tisch, K., 1932: Wirtschaftsrechnung und Verteilung in zentralistisch organisierten sozialistischen Gemeinwesen. Wuppertal-Elberfeld
- Unger, R.M., 1998: Democracy Realized. The Progressive Alternative. London: Verso
- Yunker, J., 1992: Socialism Revised and Modernized. The Case for Pragmatic Market Socialism. New York: Praeger